

# Volksstimme

Einzelpreis 60 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111: für die Redaktion Nr. 1567, für den Verlag und die Druckerei Nr. 941. Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Abzugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36,90 Mark, monatlich 12,30 Mark. — Anzeigengebühr: die gespaltene Nonpareilzeile 2,50 Mark, auswärts 3,50 Mark, im Retrometel Zeile 9,00 Mark, auswärts 13,00 Mark. Vereinstaler der Zeile 2,00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 75.

Magdeburg, Mittwoch den 29. März 1922.

33. Jahrgang.

## Rautsky an die Unabhängigen.

Zimmer wieder kommt aus der deutschen Arbeiterschaft die große Sehnsucht zum Ausdruck: Einigung des proletariats! Zusammenschluß in die eine gewaltige Front, welche die deutsche Arbeiterschaft bis zum Kriege bildete! Und dieses Sehnen beherrscht nicht nur die deutsche, sondern auch die Arbeiterschaft in England, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich, in Holland und in Skandinavien. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt fühlt es: gegen die gewaltigen Bünde des Kapitals, in dessen Ring einzutreten auch die russische Sowjetregierung sich anlehnt, können wir uns nur schützen, wenn wir uns international zusammenschließen. Einen starken Ausdruck fand dieses Wollen in der Frankfurter Konferenz und hoffnungsfroh sah besonders die deutsche Arbeiterschaft der kommenden Berliner Konferenz entgegen, die zum erstenmal die drei Internationalen zu gemeinsamer Beratung zusammenbringen soll.

Doch schon in den gährenden Most gossen die Kommunisten ihr bewährtes Scheidewasser. Und nun veröffentlicht Karl Rautsky einen Offenen Brief an seine Parteigenossen in der Zentrale der Unabhängigen Partei, der allen Freunden der Einigung eine schwere Enttäuschung bereiten muß. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

### Werte Genossen!

Im Morgenblatt der „Freiheit“ vom 24. März veröffentlicht Ihr einen Aufruf der Kommunistischen Arbeitgemeinschaft, dem Ihr einen eignen Aufruf folgen laßt. In diesem wird die Vereinigung der K. A. G. mit der U. S. P. für vollzogen erklärt und dies als der Anfang der sehnlichst erwarteten Wiedervereinigung des zersplitterten sozialistischen Proletariats in Deutschland begrüßt.

Ich könnte mich damit abfinden, ein Häuflein bankrotter Kommunisten zu Parteigenossen zu bekommen, wenn dies bloß eine Begleiterscheinung der Vereinigung des gesamten sozialistischen Proletariats Deutschlands, also im wesentlichen der Vereinigung der U. S. P. mit der K. A. G. bilden würde.

Davon ist aber gar nicht die Rede. Ihr verbindet vielmehr die Aufnahme der K. A. G. mit der Aufforderung an alle „ehrlichen revolutionären Klassen Genossen in der rechtssozialistischen Partei“, in die U. S. P. einzutreten.

Ich weiß nicht, was Ihr Euch dabei gedacht habt. Die hierherige Erfahrung hat doch schon genugsam gezeigt, daß die ehrlichen revolutionären Elemente, die es offenbar auch nach Eurer Ansicht in der U. S. P. gibt, nicht daran denken, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Insofern ist die Aufforderung eine Lächerlichkeit. Doch leider ist sie noch etwas schlimmeres. Sie besagt, daß die Zentralführung die Vereinigung des deutschen sozialistischen Proletariats durch die Zentralführung der U. S. P. D. herbeiführen will, was steten rücksichtslosen Kampf gegen sie unerlässlich macht.

Euer Aufruf, der als Einigungsschalmee beginnt, klingt also in einen Kriegsruf gegen die U. S. P. aus. Ihr brüht einige Duzend kommunistischer Parteiberberber an Euer Herz und verteidigt gleichzeitig die Luft, die die U. S. P. von den Millionen deutscher Proletarier in der U. S. P. D. trennt.

Damit seht Ihr Eurer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemmt. Ihr mit Euerem Anhang seid dadurch die Hauptschuldigen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats in einer verzweifeltsten Situation, in der nur enger Zusammenhalt es retten kann.

Da die Einigung des deutschen Proletariats der Hauptzweck meines Lebens geworden ist, wird es mir unmöglich, dieser schweren Schädigung des deutschen und damit des internationalen Sozialismus gegenüber stillzuschweigen. Das würde mich zum Mitschuldigen an Euerem Tun machen.

Ich fühle mich gedrängt, vor aller Öffentlichkeit gegen den Aufruf der Zentralführung der U. S. P. D. scharfsten Protest einzulegen.

Wohl möglich, daß dieser Protest Euch sehr gleichgültig läßt! Schon 1920 haben ja Crispin und Dittmann, um das Wohlwollen der Rastauer Gewalttäter zu gewinnen, ihnen erklärt, meine Stimme werde in der U. S. P. D. nicht beachtet. Seit mehr Gewich für Euch haben Braß und Däumig.

Nicht um Euch zu überzeugen, richte ich diesen Brief an Euch, sondern um Klarheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Euch und mir.

Charlottenburg, 25. März 1922.

Mit sozialistischem Gruß

Karl Rautsky.

Karl Rautsky muß diesen Offenen Brief im „Vorwärts“ veröffentlichten, weil die „Freiheit“-Redakteure, die selbst im Konflikt mit ihrer Parteileitung stehen, aus diesem Grunde Bedenken gegen die Veröffentlichung hatten. Man darf aber annehmen, daß sie in der Sache mit Rautsky gehen.

Rautsky legt mit anerkennenswerter Mute die Finger in die Wunde, die am heißesten am Körper des deutschen Proletariats brennt: die gleichen Leute, die zuerst die Partei gespalten haben, die wollen auch heute von einem Ende des Bruderkampfes nichts wissen. Sie haben im Gegenteil mit

dem Hinauswurf der „Freiheit“-Redakteure, mit dem Bündnis mit dem „Häuflein bankrotter Kommunisten“ nichts andres als die ersehnte Elbogenfreiheit erreicht, um in verstärktem Maße den Kampf — nicht gegen das kapitalistische Bürgertum! —, sondern gegen die stärkste proletarische Partei, gegen die deutsche Sozialdemokratie, aufzunehmen.

Bitter sind die Anklagen Rautskys. Allerdings: die heutigen unabhängigen Führer, die Siege über ihre eignen Parteigenossen feiern, werden sie abschütteln wie der Pudel das Wasser. Um so härter werden sie über die Tausende der unabhängigen Arbeiter treffen, die voll Vertrauen ihren Führern folgten, weil sie glaubten, sie wollten sie zur Einigung führen. Aber was sagt Rautsky von den Crispin, Ledebour und Rosenfeld: „Ihr mit Euerem Anhang seid die Hauptschuldigen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung...“

### Produktionspflicht.

Jedes Produktionsunternehmen dient der Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses, wenngleich der Unternehmer es nur aus seinem privaten Interesse heraus betreibt: das will sagen, daß ihn die alleinige Absicht leitet, Geld zu verdienen. Aber seinen Zweck würde er nicht erreichen können, wenn seine Produktion nicht einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspräche. Denn in diesem Falle würde er keinen Absatz finden und das Gegenteil seines Zweckes erreichen: anstatt Geld zu gewinnen, würde er es verlieren. Allerdings ist das gesellschaftliche Bedürfnis an einer Produktion nicht immer ein allgemeines, wie z. B. die Herstellung von Brillantenschmuck und dergleichen. Aber im großen und ganzen dienen die Produktionsunternehmen, wie Landwirtschaft, Eisenbahn, Textilindustrie, Wohnungsbau usw. der Befriedigung eines allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnisses, und nur von solchen soll hier die Rede sein. Sie umfassen fast die gesamte Produktion, die übrigen sind ihnen gegenüber bedeutungslos.

Zum Betrieb eines Produktionsunternehmens muß der Unternehmer im Besitz der notwendigen Produktionsmittel sein: In jedem einzelnen Zweige der Produktion sind die betreffenden Unternehmer die alleinigen Besitzer und Inhaber der Produktionsmittel — außer ihnen ist niemand imstande, die betreffende Produktion zu betreiben, weil niemand anders über die entsprechenden Produktionsmittel verfügt. Alle Mitglieder der Gesellschaft sind in der Beschaffung der entsprechenden Produkte bzw. Fabrikate auf die Besitzer dieser Produktionsmittel angewiesen. Niemand anders vermag zu liefern, die Gesellschaft ist von ihnen völlig abhängig. Die Abhängigkeit wird um so größer, je mehr die Besitzer der Produktionsmittel die Konkurrenz untereinander ausschalten und sich zu Syndikaten und ähnlichen Vereinigungen zusammenschließen. Vermöge ihres Zusammenschlusses und des Alleinbesitzes der betreffenden Produktionsmittel sind sie in der Lage, die Gesellschaft in die allergrößte Verlegenheit zu führen, indem sie die Produktion einstellen, so daß die gesamte Gesellschaft diese Produkte entbehren müßte. Die Verlegenheit wird um so größer sein, je unentbehrlicher das betreffende Produkt oder die Weiterführung des Betriebs für die Gesellschaft ist.

Zwar haben die Produktionsmittelbesitzer in der Regel kein Interesse am Einstellen des Betriebs, weil sie damit ihre Geldquelle verstopfen würden. Aber sie nutzen ihre Unentbehrlichkeit dahin aus, daß sie für ihre Produkte phantastische Preise von der Gesellschaft erpreisen. Unter Umständen ist es bei ihnen ein bestes Verfahren, ihre Produktion niedrig zu halten oder die Produkte nicht an den Markt zu bringen. Nebenfalls besteht für sie die Möglichkeit, durch Einstellung oder Einschränkung der Betriebe oder durch Wucherpreise die Gesellschaft auszuhunten, sie in die drückendste, vielleicht gefährlichste Verlegenheit zu führen, die zu allerhöchster Schädigung der Gesellschaft führen kann. Von der Landwirtschaft haben wir in der Tat schon recht ernst gemeinte Streitanforderungen (Mischlieferung und starke Einschränkung der Produktion) gehört und Wucherpreise von seitens der Landwirtschaft wie der Industrie sind uns schon längst nicht mehr fremd.

Es liegen da sicher schwere Gefahren für die Gesellschaft vor, gegen die sie sich schützen muß. In diesen wichtigen Lebensfragen geht auch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 nicht achtlos vorüber. Sie besagt im Artikel 151 Absatz 1:

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundföhen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

Ferner bestimmt die Verfassung im Artikel 153: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.

Weiter enthält die Verfassung im Artikel 155 einige Bestimmungen für die Landwirtschaft. Sie sagt im Absatz 1:

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert... und im Absatz 1:

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft...

Aber diese Bestimmungen sind ungenügend. Es fehlt die gesetzliche Festlegung des Begriffs, die auch in unfer ständiges Be-

wußsein übergehen und dort stärkste Wurzeln schlagen muß, daß die Produktion im Interesse der Gesellschaft und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse durchgeführt werden muß und daß ebenso die Preisbildung „den Grundföhen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“. Selbstverständlich gilt dies auch für die Preisbildung des Handels.

Die Produktionspflicht und gerechte Preisbildung sind durch Gesetz auszusprechen und zu überwachen. Zunächst haben wir uns in unsemem Bewußtsein und in unfer fittlichen Auffassung völlig frei zu machen von der bisherigen Anschauung, daß jedes Produktionsunternehmen einschließlich der Warenpreise nur private Angelegenheit des Unternehmers ist, wir müssen vielmehr jedes einigemmaßen wichtige derartige Unternehmen als ein notwendiges Mittel zur Erhaltung der Gesellschaft und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse ansehen, auf dessen Fortführung und Preisfestsetzung der Gesellschaft ein bestimmender Einfluß zuzustehen muß, das namentlich ohne ihren Willen nicht von irgendeiner Seite plötzlich stillgelegt werden darf. Wir müssen zu der in den Tatsachen begründeten Anschauung gelangen, daß jeder, der eine Funktion übernimmt, damit eine gesellschaftliche Funktion erhält, die er nicht aufgeben darf, wenn dadurch der Gesellschaft ein Schaden zugefügt wird. Um das zu erreichen, bedarf es der Einsetzung von Gerichten, die mit allen Rechtsgarantien umgeben und mit der nötigen Greifbarkeit ausgestattet sind und die eingreifen, wenn es not tut. Diese Art der Regelung der Beziehungen zwischen Produzenten bzw. Händlern und Verbrauchern ist auch keineswegs etwas Ungeheuerliches, denn Anlässe zu diesem System finden sich bereits in der Rößten- und Kolonialwirtschaft und in manchen andern Einrichtungen; es ist nur nötig, sie bis zu ihrer letzten Konsequenz zu verfolgen.

Nicht zu übersehen ist, daß die wirtschaftliche Macht der Produktionsinhaber auch einmal auf politischem Gebiet in Anwendung gebracht werden und verhängnisvolle Folgen haben kann. Ebensovienig darf übersehen werden, daß wir alle Kulturmerkmale sein wollen. Mit einer Kulturgesellschaft verträglich aber der Machtstandpunkt überhaupt nur schlecht, die Macht ist vielmehr durch demokratisches Recht und demokratisches Rechtsgesetz zu ersetzen. Wenn sich nur Macht gegen Macht stellt, so bedeutet das den Kampf aller gegen alle, die Aufhebung des Rechts, Zerstörung unendlich wertvoller Kulturgüter und Einlen des fittlichen Rechtsgesetzes. Ueber den Zustand des Zeitalters der Barbaren, wo die Macht das Entscheidende war, sollten wir endlich hinauswachen. Aus dem Weltkrieg haben wir mit Grauen gelernt, was der Kampf zwischen Macht und Macht bedeutet und daß dabei sogar der Sieger dem Verbluten nahe kommen kann. Weg mit diesem barbarischen Machtstandpunkt!

Zur Produktion gehört aber nicht nur der Produzent mit seinem Kapital, seinen Maschinen und Werkzeugen, Rohstoffen und motorischen Kräften — es gehören dazu auch die Arbeiter und Angestellten, ohne die keine Produktion zu betreiben ist. In diesem Sinne sind auch die Produzenten mit Produktionspflicht, und auch auf sie, wie auf alle Volksgenossen trifft die Bestimmung des Artikels 163 der Reichsverfassung zu, der besagt: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die fittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Indessen, zwischen den Arbeitern und den Inhabern der Produktionsunternehmen klaffen besondere, gewaltige Gegensätze, die sich sehr oft in Streiks äußern. Auch der Streik ist ein Kampfmittel der Macht. In diesen Kämpfen wird Macht gegen Macht gesetzt und die größere Macht entscheidet. Der Streik ist ein ursprüngliches und daher rohes Mittel, das man zu bereinigen, durch Abschreckung zu ersetzen anstreben muß. Wie der Krieg ungeheure wirtschaftliche Schäden mit sich bringt, ungeheures Leid über die Menschheit herab, die Moral zerstört und ein barbarisches, durchaus kulturwidriges Mittel ist, so trifft das auch auf den Streik zu, freilich in stark abgeschwächtem Maß. Immerhin sind seine wirtschaftsschädigenden Folgen, wenn auch nach Art, Umfang und Dauer verchieden, sehr bedeutende. Wir sollten auf die Vermeidung dieser Folgen bedacht sein. Wie wir als Pazifisten Gegner des Krieges sind, seine jöhrlichen Begleiterscheinungen und Folgen aus der Welt zu schaffen uns bemühen und deshalb leidenschaftlich dem Gedanken des Völkerverbundes und der internationalen Schiedsgerichte anhängen, wenn wir — mit einem Wort — in den internationalen Beziehungen den Rechtsstandpunkt an die Stelle des Machtstandpunktes setzen wollen, so müssen wir auch bei den Streikfällen im Betrieb den Machtstandpunkt durch den Rechtsstandpunkt zu verdrängen suchen. Das dürfte immerhin noch viel leichter sein als bei den internationalen Zwistigkeiten.

Die Sache ist auch längst in die Wege geleitet und wir brauchen auch hier auf dem betreuten Wege nur weiter fortzuführen. Schon haben wir die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, die die weitans meisten Streitfälle durch Verhandlungen erledigen. Wir haben die Schiedsgerichte, die aber keine bindende Kraft besitzen. Wir haben sogar die im Werden begriffene Schlichtungsordnung, die aber keineswegs ausreicht. Es fehlen zweckentsprechend zusammengesetzte Gerichte mit allen nur erdenklichen Bürgschaften, um wirklich gerechte Urteile zu fällen, und wenn möglich, auch noch Berufungsinstanzen, deren Spruch dann ebenso entscheidend ist, wie es sonst gerichtliche Urteile sind. Innermaßliche volkswirtschaftliche und private Schäden könnten dadurch abgemindert werden, denen gegenüber die Kosten des Gerichtsverfahrens gar nicht in Betracht kämen, und selbst Beiträge für den Streikfonds würden überflüssig werden. Diese Rechtsprechung würde zugleich die rechtliche Anerkennung des Arbeiters auf zeitgemäßen Lohn und sonstige zeitgemäße Arbeitsbedingungen bedeuten und die Vorwärts im Absatz 1 des Artikels 157 der Reichsverfassung: „Die Arbeitskraft steht unter dem besondern Schutze des Reiches“ in praktische Wirklichkeit über-



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. März 1922.

Entrüstung!

In Kreisen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahn-Beamten und -anwärter ist man entrüstet über den Bericht der "Volksstimme" von der Versammlung, in der Menne und Scharfshwerdt geredet haben.

Wir wollen hier gar nicht die Frage aufwerfen: Wer ist Menne, wer ist Scharfshwerdt? Wo waren sie in den Jahren, als die Sozialdemokratie allein unter allen Parteien Deutschlands für die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten eintrat?

Seine öffentliche Laufbahn ist rasch skizziert: Bis November 1918 ein unbeschriebenes Blatt. Dann Mitglied im D. E. B., das sich wiederholt bei dem Kollegen Kobur einfindet mit der Bitte, in die Zusammenkünfte der Lokomotivführer mitzugehen.

Kann man in dem kurzen Zeitraum von kaum vier Jahren mehr Wandlungen durchmachen, als dieser Arbeiter- und Beamtenretter? Früher belegte man solche Leute, die nie wissen, was sie wollen, die immer von einem zum andern Projekt tanzen.

Heute scheint das anders geworden zu sein. Wer heute den Leuten des Blau vom Himmel herunter verspricht, wer den niedrigen Instinkten der Menschen sich meistert, wer Männer und Frauen, die ein ganzes Menschenleben lang für die Rechte der Arbeiterkraft und der Beamten lebten und litten unter Maßregelung, Kautz und dem Haß und den hämischen Stößen der ganzen Kapitalistenwelt, wer solche Leute in einer Versammlung vor Tausenden herabstößt, lächerlich macht, die Gründe ihres Tuns und Lassens in effer Eigennützigkeit und Postentrieberei sucht, der findet brüllenden Beifall.

Aber diese Redner und diese Beifallsstürmer überleben nur, daß sie mit ihren Aufregungen nur ihre eigne häßliche Seele entküllen. "Man sucht niemand hinter der Tür, wenn man nicht selbst schon dahinter steckt", und: Was ich denk und tu (d. h. was ich im gegebenen Falle tun würde), das traue ich andern zu, heißt es im deutschen Sprich- oder Wörtwort.

Daß es heute so ist, damit müssen wir uns abfinden, aber daß wir vor solchen Schwabronneuren, Nichtswissern und Nichtskönnern uns verkrüppeln oder ihr veranwortungsloses Gebaren mit dem Mantel der Liebe bedecken sollen, das kann man nicht verlangen.

Wir verstehen in der jungen deutschen Beamtenbewegung gewiß vieles. Wenn ein so großer Teil der Bevölkerung, der viele Jahrzehnte hindurch in der unwürdigen Abhängigkeit und Rechtslosigkeit gehalten wurde, und der sich in seiner überwiegenden Masse damit als in gottgemollter Abhängigkeit mehr freiwillig als unfreiwillig abfand, so ist es "menschlich", daß diese "Elaven des kaiserlichen Deutschlands" nicht gleich das Gleichgewicht in ihrer neuen Lage und unter neuen politischen Verhältnissen finden, und daß das Pendel anfänglich weiter

als natürlich ausschlägt. Es ist dann die Aufgabe der Führer, die rechte Linie zu suchen und die Rechte und Forderungen der neuen Verhältnisse in Einklang zu bringen mit den Rechten und Leistungen der Möglichkeiten des ganzen Volkes, zu der auch die Arbeiterschaft gehört.

Das haben die Führer der Reichsgewerkschaft beim letzten Streik eben nicht getan. Sie haben ohne Rücksicht auf alle andern Volksgenossen, ohne Einverständnis mit den andern Organisationen gestreikt, sie haben nicht die letzten Möglichkeiten erschöpft, um den Streik zu verhindern, wie das jede, auch die kleinste Gewerkschaft tut, im wohlverstandenen Interesse der eignen Mitglieder und im Hinblick auf die Gesamtheit. Und deshalb haben wir uns damals gegen diesen Streik gewendet und seine baldige Beendigung ohne Sieger und Besiegte und ohne Maßregelungen gefordert.

Die Reichsgewerkschaft kann auch in Zukunft ähnlich handeln wie jetzt, und unter einer Führung wie die der Menne und Scharfshwerdt ist das leider auch möglich. Aber wenn sie dazu auch die Macht haben, so sollten sie nicht vergessen, daß ein Mißbrauch dieser Macht die Eisenbahnbeamten insulieren wird. Wir gestehen den Beamten alle Rechte zu, wir wollen, daß ihre Lebenshaltung sichergestellt wird, aber die Eisenbahnen sind Volkseigentum, die Eisenbahner Angestellte des Volkes, und sie haben auf dieses, von dem sie selbst ein Teil sind, die Rücksicht zu nehmen, die man von jedem Volksgenossen verlangt. Im übrigen leben wir der frohen Hoffnung, daß die Reichsgewerkschaft mit der Zeit noch erkennen wird, daß man in einer so großen und so wichtigen Organisation, wie es die Reichsgewerkschaft ist, an der Spitze anders operieren muß, als dies bisher geschah.

Deinen Nachbarn u. Arbeitskollegen

die noch immer ein bürgerliches Blatt lesen und mit ihren Arbeitsgroßen unterstützen

lege die Frage vor:

Wer ist schuld am Elend des Volkes?

Wer will neue gewaltige Steuerlasten dem arbeitenden Volke auferlegen?

Sage ihnen:

Die bürgerlichen Parteien tragen die Schuld. Die bürgerliche Presse unterstützt ihr volksfeindliches Treiben!

Wer den bürgerlichen Parteien nachläßt, wer die bürgerliche Presse unterstützt,

der unterstützt die Feinde des Volkes!

Deine Arbeitskollegen in Werkstatt, Fabrik und Bureau, in Privat- und Staatsdienst, deine Nachbarn und Bekannten gehören zum werktätigen Volke. Kläre sie auf über ihr Tun. Sie dürfen die Volksfeinde nicht unterstützen. Ihr Platz ist in der Partei des Volkes; ihre Zeitung ist die

Volksstimme.

Wohnungsnot in alter Zeit.

Wir Menschen des 20. Jahrhunderts stellen uns ja mit höherer Beharrlichkeit immer von neuem das Zeugnis aus, daß wir es sehr weit gebracht haben. Die Wissenschaft blüht, die Technik vollbringt Wunder jeden Tag. Der Mensch schickt seine Gedanken durch den Erdenraum, viele Tausende Kilometer weit, er fliegt selbst auf Flügeln durch die blaue Luft, nimmt noch große Lasten mit und findet solch eine Luftfahrt nicht gefährlicher als eine Omnibuspartie.

die zum Leben nötig sind. Baßlose Wohnhäuser könnten aus der Erde "emporkwachsen", so leicht hat die Technik das Bauen gemacht.

Und doch kann sich der weitaus größte Teil des Volkes nicht nähren, nicht kleiden, und Laufende finden keinen Raum zum Wohnen. So arm lebt das Volk in dieser Welt der Wunder und des Reichtums.

Aber es hat "früher" auch schon Elend und Not gegeben, sagt man uns. Was offenbar ein Trost sein soll. Die alte Zeit war durchaus nicht die "gute Zeit", als die sie in rühmlichen Geschichten und Familienerzählungen erscheinen mag. Es gab sicher schon Hunger und Not; Menschen, die hilflos der Wintersälte preisgegeben, in dumpfen Löchern zusammengepackt hausten umherten in jenen gemußamen Zeiten, als das Leben noch nicht von Elektrizität und Dampf gepeitscht über die Erde hegte. Ein Freund erzählt uns vom Magdeburger Wohnungselend vor 100 Jahren:

Der Festungsgürtel, der um Magdeburg lag, preßte die Bevölkerung zusammen. Eine Ausdehnung der Stadt war ausgeschlossen. Wenn es in der engen Festung nicht behagte, war gezwungen, den Magdeburger Staub von seinen Pantoffeln zu schütteln. Die furchterlichsten Verhältnisse auf diesem Gebiete herrschten in der sogenannten Kasernenstraße. Diese Straße, die sich im Westen stadtfestig direkt vor dem Hauptwall befand, zog sich vom Ulrichstor, Schrottdorfer Tor, bis zum Kröfentor, wo sie an der Stelle endete, an der sich jetzt das Centraltheater befindet. Die meist nur einstöckigen Häuser dieser Straße waren ursprünglich zu Militärquartieren oder Kasernen eingerichtet und wurden auch noch zur Zeit der letzten Belagerung der Stadt dazu benutzt. Nach der Räumung von den französischen Besatzungstruppen ließ der Magistrat die schlechtesten dieser Gebäude niederreißen, die bessern wieder instand setzen und die Wohnungen darin vom Jahre 1815 ab an kleine Leute zu billigen Preisen vermieten.

Insgesamt waren es 205 Wohnungen, die zumeist nur aus einem Wohnraum mit einer Kochgelegenheit bestanden. Die Miete betrug, je nach der Größe des Wohnraumes, jährlich 6 bis 14 Taler. Die Entlohnung erfolgte monatweise und wurde von pensionierten Polizeibeamten ausgeübt. Besonders Familien mit vielen Kindern suchten in diesen Wohnungen unterzukommen. Starke Familien waren auch schon damals in Privathäusern nicht beliebt.

Wenn man bedenkt, daß in den 205 kleinen Wohnungen in den Familienhäusern über 1100 Personen wohnten, kann man sich einen Begriff machen, wie die städtischen und sanitären Verhältnisse beschaffen waren.

Die Bewohner der Kasernen waren geschätzt. Am schwersten lastete der Fluch der Armut auf den Kindern. Wenn in der Schule festgesetzt wurde: der oder die wohnt in der Kaserne, dann wehe dem armen Rentnerkind.

Neben diesen Familienhäusern besaß die Stadt noch einige auf dem Fahlbacherberg, die im Jahre 1853 und 1854 für 22 500 Taler neu erbaut waren. Auf den Wöden dieser Familienhäuser waren ständig obdachlose Familien untergebracht, im Jahre 1859 allein 76 von diesen Bedauernswerten.

Die Festungsgürtel sind längst gesprengt, viele andre Hindernisse für das freie Wirken der Menschen sind beseitigt. Aber auch heute noch müssen Menschen in engen Löchern zusammenkriechen und finden keine Stunde wirklicher Erholung. Wir könnten Wohnungen haben für alle Menschen. Und in jeder Wohnung könnte auch ein beschwerder Wohlstand sein und ein Sonnenstrahl von Glück, wenn wir nicht nur Wissenschaft und Technik hätten, sondern auch eine vernunftgemäße Verteilung aller Lebensgüter. Wenn an Stelle der kapitalistischen Ausbeutung die sozialistische Gemeinamkeit treten würde.

Die Parteifunktionäre zur Mafseier.

In einer großen Funktionärversammlung gab Genosse Baer am Montagabend einen Bericht über den Stand einer gemeinsamen Mafseier der Magdeburger Arbeitnehmer, wie sie vom Ortsausschuß der freien Gewerkschaften auf rein gewerkschaftlichem Boden bei Ausschaltung aller parteipolitischen Dinge geplant ist.

Der örtliche Vorstand untrer Partei hat in einem großen gemeinsamen Mafseierumzug eine Gelegenheit erlittet gegen das gesamte Bürgertum in geschlossener proletarischer Front am Weltfeiertag zu demonstrieren. Trotz des Beschlusses unseres Parteivorstandes in Berlin, mit den Kommunisten keine gemeinsame Mafseieranstaltung zu machen, verzichteten wir im Interesse der Einigkeit auf eine Parteifeier und ordneten uns dem Beschluß des Gewerkschaftsartikels zur Durchführung der Feier auf gewerkschaftlicher Grundlage unter. In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Gewerkschaftsartikels und der drei Arbeiterparteien erklärten wir diese Vereinnahmung und verlangten selbstverständlich genau wie das Gewerkschaftsartikels auch, daß an diesem Tage bei der Demonstration, um sie würdig zu gestalten, alle Parteiunterschiede verschwinden.

In der Besprechung aber stellte sich heraus, daß die Kommunisten nicht dieser Ansicht waren. Als die Ausführung des Planes

Schweres Blut.

Roman von Zubauk Aho.

(23. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Ein Keks war gerast, und er warf es vorn in das Boot, so daß die Steinienker klapperten.

Sie kamen zusammen vom Hofe hierher. Der Mann stand dort an dem Zaun. Ob sie es da schon beschlossen hatten? Daß Marja es fertigbrachte, noch zu schmeicheln und an die früheren Freuden zu erinnern. Sie sind jung und schön. Ich bin alt und häßlich. Was liegt ihr an mir, wo soll ich eine nehmen will. Mag er sie nehmen! Mag er sie nehmen! Mag er sie behalten!

Das zweite Keks war gerast. Immer rascher arbeitete Zuba, er kümmerte sich nicht darum, ob ein paar Mädchen an dem Rebe gerissen.

Sie nahm ja die Brautgeschenke offen, ohne Gehl von ihm an. Ihm hatte sie die Wadestube gezeigt, ihm machte sie die Schwibbank zurecht, nicht mir, und bereite ihm den Platz in ihrem eignen Stübchen. Sie ist nicht vor der Mutter davor-gelauten — das hat sie gelogen. Gätte sie es geradeheraus gesagt, hätte sie gesagt: jeh-gehe ich, jeh-gehe ich, einen andern beßern. Ich hätte es ihr nicht verweigert? Racht? Sicher nicht. nein: aber daß sie he-richt — wie ein Dieb —

Richtig wurde ihm f-dwach, es beengte ihn so, daß er nur mit Mühe das letzte Keks zu rasen vermochte. Mit Mühe gelangte er zum Hofe, schaute in seinen Speicher, dessen Tür offen stand, huschte in den Kleibern auf sein Bett und schlief ein.

Zuba schlief den ganzen Tag bis zum Abend. Es war ein ziemlich rauher, klarer Abend mit abflauendem Nordwind. Die Mutter und Raisa melkten die Kühe. Es ist ge-schehen, und er will es sich nicht mehr anders denken. Es ist nicht zu ändern, und was schadet es auch? Reinetwegen, ist sie ge-gangen, so ist sie gegangen. — In seinem Speicher waren Klei-

dingstücker von Marja. Er nahm sie und trug sie in ihren Spei-cher. Als er die Tür öffnete, schlug ihm der Geruch des Krämers entgegen. Er warf hastig die Tür zu und steckte den Schlüssel in seine Tasche; ging an den Strand und schlenderte den Schüssel in den See. Dann machte er die Nacht und den Morgen, in den heißen Tag hinein, bis ihn die Ertrückung umwarf. Tage und Nächte gingen jetzt Zuba durcheinander.

Es hatte ihn ein Mauth erzählt, aus dem er gar nicht zu sich kommen wollte. Mit starren Augen, wie ein Nachtwandler, ging er umher und tat seine Arbeit. Ohne ein Wort zu sprechen, ließ er seine Mutter schäffen.

Der alten Wirtin schien alles in bester Ordnung. "Es steht ja aus, als ob man hier zurechtläme," sagte sie zu Raisa. "Sie fehlt nicht weiter."

"Es ist nicht richtig mit ihm, denn er spricht kein Wort." "Er hat ja auch früher nichts gesprochen."

"Es ist nicht richtig mit ihm," wiederholte die Magd. "Ich habe ihn in der Nacht weinen hören, und am Tage redet er mit sich."

"Was sagt er?" "Ach was du getan hast! — Ach, daß du das getan hast!" Er seht sich nach der Frau.

"Lach ihn nur vergessen." "Er erwartet sie noch zurück. Er vergißt sie nie und nimmer."

"Ich werde schon dafür sorgen." "Nehmt dem Armen nicht seine letzte Freude." "Was für eine Freude ist es, sich zu sehnen."

"Doch, das ist ein." "Ich werde sie schon mit der Wurzel ausjäten." "Wenn Ihr sie aber nicht herauskriegt — wenn sie nur ab-reißt — und ist vielleicht schon abgerissen."

"Lach sie reißten." "Wenn nun aber Marja zurückkommt?" "Die kommt nicht."

"Es ist Euch wohl lieb, daß sie gegangen ist?"

"Das ist's." "Daß Ihr so boshaft sein könnt." "Jawohl."

Als Zuba zum Essen kam und seine Mahlzeit beendet hatte, sagte die Mutter:

"Du wartest wohl noch auf sie?" "Was sprichst Du denn noch davon, Mutter?" sagte Zuba matt.

"Ich weiß schon, daß Du wartest und hoffst, aber wenn sie kommt, dann kommt sie beschworen, weil sie sie weggejagt haben, nicht Deinetwegen."

"Lach das nun sein." "Immer hat sie Dich zu alt gescholten."

"Gegen wen?" "Gegen alle, die es hören wollten. Denn das Schlotter-bein nur stürbe, dann bekäme ich einen Jüngeren."

Plötzlich brach Zuba zum Erstaunen seiner Mutter in Sachen aus.

"Jeh hat sie ihn ja! Hat einen Jungen und Finken — und das ist gut, daß sie ihn hat! Was brauchte sie sich auch mit mir herumzuquälen — mit so einem. Geht mal, wie spazig mir das Sehen steht — der Fuß kößt wie der Flügel einer zerbroche-nen Windmühle, jeh! mal!"

Zuba war aufgestanden und hüpfte auf der Diele herum, indem er seinen Fuß absichtlich noch tiefer hielt.

"Lach die Greuzenien, alter Mensch!" "So flutsch das; aber ich könnte ja auch mal tanzen, wenn einer aufspieße. Trälte was, Mutter!"

Er lachte immer lauter, hüpfte und lachte noch, als er auf dem Hofe war, und tsallerte bogwischen, mit der Art auf der Schulter.

"Da siehst Du es jetzt," sagte die Alte. "Es ist nichts ge-rißen. Er scherzt schon darüber."

"Mir hat das nicht wie Scherz ausgesehen," sagte Raisa.

(Fortsetzung folgt.)



# Die neue preussische Städte- und Landgemeindeordnung.

Der amtliche Preussische PresseDienst schreibt: Die Entwürfe der neuen Städte- und Landgemeinde-Ordnung sind als Teil der allgemeinen Verwaltungsreform zu betrachten. Diese Reform des Gemeindeverfassungsrechts umfasst Städte, Landgemeinden, Kreis- und Provinzialordnung, durch die auch die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen geregelt wird. Zweck der Reform ist einmal eine Anpassung der Verfassungen an die namentlich durch die Staatsumwälzung veränderte Rechtslage sowie an die eine größere Beweglichkeit der Verwaltung erfordernden wirtschaftlichen Bedürfnisse; zweitens eine Vereinheitlichung des jetzt nach Provinzen zerstückelten Rechtszustandes. Aus den bisher nebeneinander bestehenden verschiedenen provinziellen Städte- und Landgemeinde-Ordnungen ist das Beste in den neuen Entwurf übernommen. Nur die Hohenzollernsche Lande sollen auch fernerhin in Rücksicht auf ihre besondern kommunalen Verhältnisse von der allgemeinen Regelung ausgenommen bleiben.

Aus den Leitgedanken ist hervorzuheben: Die Gemeinden sind organische Bestandteile des Staates. Zweck und Ziel der Verwaltung ist der gleiche, ob sie vom Staat oder der Gemeinde ausgeht, gerichtet einzig und allein auf die Pflege der Wohlfahrt des Volkes. Gemeindeverwaltung ist daher nicht Selbstzweck, sondern Staatszweck. Dieser Universalität des Staatszwecks entspricht es, daß die Gemeindeverwaltung dem Staatsganzen untergeordnet und dem Staat ein Aufsichtsrecht vorbehalten bleiben muß. Während jedoch bei den Auftragsangelegenheiten die Gemeindeverwaltung nur ausführendes Organ ist, der Staat durch Anweisungen unmittelbar auf die Ausführung wirkt, sind die Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden grundsätzlich unter eigener Verantwortung zur selbständigen Ausführung übertragen. Sachlich beschränkt sich die Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung in Zukunft auf die Beachtung gesetzlicher Gemeindebeschlüsse, die Erhaltung einer ordnungsmäßigen Verwaltung und das Einspruchsrecht gegenüber besonders weittragenden Gemeindebeschlüssen. Abgeschnitten ist die instanzmäßige Beschwerde im Aufsichtsweg. Diese Beschränkung der Staatsaufsicht in sachlicher Beziehung bedingt eine Erhaltung der Aufsicht in personeller Beziehung, d. h. die Bestätigung der leitenden Beamten der Gemeinde durch den Staat. Das Bestätigungsrecht unterliegt aber einer scharfen Kontrolle. Einmal darf die Bestätigung nicht wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei verweigert werden; ferner muß der Gewählte gehört werden, ehe die Bestätigung verweigert wird, und schließlich ist die Bestätigung, soweit sie nicht dem Staatsministerium vorbehalten bleibt, an die Zustimmung der Beschlußbehörde gebunden und einer Nachprüfung durch den Minister des Innern unterworfen.

Auch fernerhin wird die kommunale Aufsicht des Staates über alle Städte von dem Regierungspräsidenten, über alle Landgemeinden (Landbürgermeistereien) von dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses geübt. Das Gemeindebürgerrecht wird wesentlich vereinfacht. Die Vereinigung einer Gemeinde mit einer andern Gemeinde soll in Zukunft durch das Staatsministerium, die Vereinigung einer Gemeinde mit Teilen einer andern Gemeinde durch die Beschlußbehörde erfolgen.

Träger der öffentlich-rechtlichen Gewalt der Gemeinde ist die Bürgererschaft. Das Bürgerrecht besteht aus dem aktiven und passiven Wahlrecht. Beide decken sich mit dem Wahlrecht zum Landtag, mit der Einschränkung, daß Vorbedingung ein mindestens 6monatiger Wohnsitz im Gemeindegebiet ist.

Um eine größere Beweglichkeit der Verwaltung zu erzielen, können zur Verwaltung einzelner Zweige Verwaltungsausschüsse mit Vertretungsbezug nach außen eingerichtet werden; ferner sind in den Städten nach Groß-Berliner Vorbild kollegialische Bezirksämter vorgesehen. Durch Ortsräte können die Betriebsverwaltungen dem Haushaltplan und der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber selbständiger gestellt werden. Durch bestimmte Grundzüge über Vermögensverwaltung und Haushaltsführung soll der allgemeinen Finanzlage und dem Gebote sparsamer Wirtschaft Rechnung getragen werden.

Der Entwurf betrifft sowohl die Bürgermeisterverfassung (Stadtverordneten-Versammlung alleiniges Willensorgan der Stadt, Bürgermeister lediglich Verwaltungs- und Vollzugsorgan) als auch die Magistratsverfassung bei. Die Beibehaltung beider Verfassungen bedingt aber auch die Beibehaltung derjenigen wesentlichen Merkmale, ohne welche sie ihre Vorzüge oder ihre historische Berechtigung verlieren würden. Dazu gehört vor allem bei der Bürgermeisterverfassung der Vorbehalt des Bürgermeisters in der Stadtverordneten-Versammlung und bei der Magistratsverfassung die Zustimmung des Magistrats zu den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung. Eine Einschränkung der Gleichberechtigung beider Verfassungen findet nur insoweit statt, als die Neueinführung der Magistratsverfassung da, wo sie nicht besteht, ausgeschlossen bleibt und als die Einführung der Bürgermeisterverfassung an Stelle der Magistratsverfassung endgültig ist.

In Anlehnung an die in den westlichen Provinzen schon bestehenden Gemeindeverbände sieht der Entwurf einen Zusammenschluß der einzelnen Gemeinden zu Kommunalverbänden (Landbürgermeistereien) vor, um auf dem Lande die Selbstverwaltung zu erweitern und zu vertiefen. Gleichzeitig sollen die Landbürgermeistereien Bezirke für die örtliche Polizeiverwaltung und Wahlbezirke für die Wahlen zu den Kreisrägen werden. Jede Landgemeinde muß einer Landbürgermeisterei angehören. Eine größere Landgemeinde kann für sich allein eine Landbürgermeisterei bilden. Die Bildung der Landbürgermeisterei erfolgt zum erstenmal auf Grund eines für jeden Kreis vom Kreisausschuß nach Anhörung der beteiligten Gemeinden aufzustellenden Planes, der von dem Kreisausschuß und dem Provinziallandtag zu begutachten ist, durch den Minister des Innern oder die von ihm beauftragte Behörde. Bei der Bildung der Landbürgermeistereien soll in erster Linie auf die Schaffung Leistungsfähiger Verbände und auf eine Abgrenzung gesehen werden, die eine geordnete Verwaltung nach Möglichkeit ermöglicht.

Die Verfassung und Verwaltung der Landbürgermeistereien entspricht derjenigen der Städte mit Bürgermeisterverfassung. Organe der Landbürgermeistereien sind die Bürgermeistervereine, die nach den Grundzügen des Verhältniswahlrechts in unmittelbarer gleicher und geheimer Wahl gewählt werden soll und der von der Bürgermeistervereintretung zu wählende Landbürgermeister. Durch Provinzialgesetz kann für eine Provinz oder für Teile einer Provinz bestimmt werden, daß die Zuständigkeit der Landbürgermeistereien für die Dauer eines 10 Jahre nicht überschreitenden Zeitraumes auf die Verwaltung der Ortspolizei und der Ortsernterpflege beschränkt bleibt. Der Landbürgermeister wird dann ehrenamtlich bestellt. Nur in der Provinz Hannover kann durch Provinzialgesetz die Einführung der Bürgermeisterverfassung überhaupt ausgeschlossen werden, da die hannoverschen Kreise im allgemeinen so klein sind, daß eine Einteilung der Kreise in Landbürgermeistereien ohne die nicht beabsichtigte gleichzeitige Zusammenlegung der Kreise doch nur geringe praktische Bedeutung haben würde.

Die wesentliche Eigenartlichkeit der selbständigen Gutsbezirke besteht darin, daß der Gutbesitzer die öffentlich-rechtlichen Lasten trägt, andererseits aber auch allein als Gutswahlberechtigter den Gutsbezirk öffentlich-rechtlich zu vertreten hat; eine Gemeindevertretung besteht nicht.

Diese Verfassung ist mit der berechtigten Forderung, daß jeder an dem Gemeindeleben teilnehmen kann, unvereinbar. Die Auflösung der Gutsbezirke muß daher gelegentlich einer Neuordnung des Gemeindeverfassungsrechts erfolgen. Von einer Auflösung soll nur dann Abstand genommen werden, wenn wegen der geringen Einwohnerzahl oder der räumlichen Trennung der Wohnstätten ein eigenes Gemeindeleben innerhalb des bisherigen Gutsbezirks sich auch im Falle seiner Auflösung nicht entwickeln

läßt. Die Auflösung der Gutsbezirke soll in der Weise erfolgen, daß in jedem Kreise nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutbesitzer ein Plan aufgestellt wird, der nach Begutachtung durch den Kreisausschuß und Provinziallandtag dem Minister des Innern festgelegt wird. Die aufgelassenen Gutsbezirke sind entweder mit andern Gemeinden zu vereinigen oder in selbständige Gemeinden umzuwandeln.

## Provinz und Umgegend.

### Aufruf zur Maiseier.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat zur Maiseier aufgerufen, es ist nun Sache der Parteivorstände und der Bildungsausschüsse, wirkungsvolle Maiseiern, die auf alle Teilnehmer einen tiefen Eindruck hinterlassen, zu veranstalten.

Wir verweisen auf die Maiseier-Programme, die in den Maiseier-Nummern der „Arbeiter-Bildung“ der letzten Jahre enthalten waren. Auch in diesem Jahre wird die „Arbeiter-Bildung“ (Monatsschrift für die Arbeiter-Bildungsausschüsse), die für April erscheint, Vortragsfolgen, ferner den Entwurf zu einer Festschrift, geeignete Gedichte und Gesänge enthalten. Die „Arbeiter-Bildung“ ist zum Preise von 12 Mark für das Vierteljahr bei den Postanstalten und den Parteibuchhandlungen zu beziehen. Von Wichtigkeit ist die Aufführung eines guten Theaterstücks oder einer sonstigen passenden Bühnenveranstaltung, wie lebende Bilder, Szenen aus den Werken der Klassiker usw. Die Parteibuchhandlungen haben passendes Material zur Auswahl bereit. Wir empfehlen den Leitern der Kreisvereine, sorgfältig zu prüfen, was für die Verhältnisse des einzelnen Ortes am besten ist.

Außerdem ist auf die Heranziehung der Arbeiterjugend zu achten. In vielen Gegenden vermag sie schon durch ihre eigene innere Anteilnahme Arbeiterfeste selbst zu gestalten. Die Maiseier muß der Anlaß sein, den Genossen Gedanken der Solidarität der gesamten arbeitenden Bevölkerung auch im glücklichen Zusammenwirken von alt und jung zum Ausdruck zu bringen. Vielerorts wird man sich entschließen, das Maiseierfest des Genossen E. M. Müller „Der Aufbruch“ aufzuführen. Es ist eine gute Gelegenheit, daß Arbeiter und Jugendliche in einem Spiel, das über den Rahmen der üblichen Theaterstücke hinausgeht, die Ideen der Arbeiterbewegung der Öffentlichkeit vor Augen zu führen. Einzelpreis 4 Mark, 10 Feste berechtigen zur Aufführung von den Parteibuchhandlungen bezugsbar.)

Die an den einzelnen Orten benötigten Festschreiber werden durch die Parteisekretariate vermittelt, rechtzeitige Anmeldung ist notwendig. Jeder Partei- und Jugendverein sowie alle sonstigen Organisationen müssen sofort den Bedarf für die „Maiseierzeitung 1922“ bei den Parteibuchhandlungen anmelden. Sie ist künstlerisch und literarisch neu und prächtig ausgestattet und wird gern gekauft werden. Papier und Satz sind vorzüglich. Jede Organisation des Bezirks muß sofort bestellen. Der Preis beträgt 150 Mark für die Nummer, sie muß in allen Heimen und unter der ganzen Bevölkerung verbreitet werden.

Parteilosen und Genossen! Es gilt durch gute Vorarbeit den Erfolg der Maiseier zu sichern!

Mit Parteigruß  
Bezirksbildungs-ausschuß der S. P. D.  
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

### Unterbezirk Neuhaubensleben.

#### Unterbezirkskonferenz in Köpitz.

Auf der Parteikonferenz waren die Ortsgruppen Köpitz, Babelsberg, Karbe und Sommersdorf vertreten. Parteisekretär Genosse Bernick sprach über die politische Lage, das Streikrecht und die Steuerpolitik. Der Eisenbahnerstreik wurde vom Redner als eine Dummheit bezeichnet. Der letzte Gemeindearbeiterstreik in Berlin dagegen genügt an Verbrechen, denn es kann nicht angehen, daß einzelne Arbeitergruppen die Lebensmöglichkeit der Bevölkerung unterbinden und gerade die Arbeiterfamilien am empfindlichsten schädigen. Die Technische Volkshilfe im Falle eines Streikes lehnen wir aber ab, aber jede Gewerkschaft hat die Pflicht, ihre Mitglieder von Unternehmungen abzuhalten, die nicht auf die Sympathie der werktätigen Bevölkerung rechnen können.

In der Aussprache forderte Genosse Müller (Sommersdorf) die Einberufung der Gutsbezirke in die Gemeinden, ausreichende Landbeschaffung und Beschleunigung der Gemeindevertreterwahlen. Die Delegierten sprachen sich für eine längere Ausdehnung der nächsten Konferenz aus, damit eine eingehendere Aussprache möglich sei.

### Neuhaubensleben, 27. März. (Eldernbeiratsitzung.)

Der Eldernbeirat der Seminarbildungsschule beschäftigte sich mit der Frage des Moralunterrichts. Eine Eingabe des Eldernbeirats an das Provinzialschulkollegium um Einführung des Moralunterrichts ist abgelehnt. Der Leiter der Lehrgangsschule erklärte, daß einer Beteiligung von Schülern an der Maiseier nichts im Wege steht. Zur Schulentlassungsfreier der Kinder sind die Eltern eingeladen. In einem Abzug des Seminars ist vorläufig noch nicht zu denken, so daß die Eltern ihre Kinder weiter in die Lehrgangsschule schicken können. Der Wahltag für die Eldernbeiratswahlen ist noch nicht bestimmt. Gewünscht wurde, daß die Elternschaft von Neuhaubensleben über den Reichsschulgesetzentwurf aufgeklärt wird. Die Proklamationssprache für die Zeit vom 1. April bis 26. Mai erfolgt am Donnerstag und Freitag nur gegen Rückgabe der Stammbücher der alten Protokollen, und zwar am Donnerstag für den 1. Bezirk im Zimmer 7 des Rathauses, für den 2. Bezirk in der Schule am Kirchplatz, für den 3. in der Schule am Breiten Gang von 9 bis 12 Uhr vormittags, im 4. Bezirk von 1/3 bis 1/6 Uhr in der Knabenmittelschule, ferner am Freitag für den 5. Bezirk im Gerichtshaus, für den 6. Bezirk im Seminar, für den 7. in der Volksschule von 1/3 bis 1/6 Uhr im Gymnasium. Die Karten sind sofort beim Empfang nachzugeben, spätere Einwendungen werden nicht berücksichtigt. Für nächste Woche beginnt die Ausgabe erst am 4. April. In der St.-Marien-Kirche brannte ein Teil des Dachstuhl, welcher durch Schwachhaftigkeit der Schutzumgebung in der Nähe des Schornsteins entstanden ist. Den Bemühungen der schnell herbeigeeilten freiwilligen Feuerwehr gelang es, eine größere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. — Vom Finanzamt. Es herrscht noch vielfach Unklarheit über die Verpflichtung zur Leistung von Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922. Die Steuerpflichtigen sind nach dem Einkommensteuergesetz verpflichtet, bis zum Empfang eines neuen Steuerbescheides auf die Steuerhuld dieses Kalenderjahres am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November Vorauszahlungen im Höhe von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuerhuld von 1920 zu entrichten.

### Unterbezirk Wolmirstedt.

Obernstedt, 28. März. (Sozialdemokratischer Bezirk.) Die Mitgliederversammlung beschäftigte sich auch in unserem Orte mit der Aderfrage. Denn scheinbar gehören unsere Landwirte auch zu denen, die sich aus dem Aufruf des Landrats nicht viel machen; bis heute sind noch keine Zugeständnisse erfolgt. Die Partei wird im Laufe der Woche eine öffentliche Versammlung einberufen, worin die Arbeiterpartei Oberstedt zu entscheiden

hat, was sie zu tun gedenkt, denn so kann es nicht weitergehen. Genosse Fiering führte an, daß im Kreise Neuhaubensleben auf diesem Gebiet viel mehr geleistet wurde. Genosse Wille bezeichnete es als Rücksichtslosigkeit, daß Leute, die 2 Morgen Pachtland hätten, auch noch Kartoffelader verlangten. Bericht über Gemeindeangelegenheiten gab Genosse Hermann K. r. n. g. Er hob hervor, daß sich in nächster Zeit eine Gaspreiserhöhung notwendig mache, denn Kohle und Frucht sind gestiegen. Die Gemeinde hat einen Antrag an Magdeburg gestellt um Erhöhung der Zuschüsse zu den Armenlasten von 9000 Mark auf 40 000 Mark. Genosse Adolf B. u. h. gab den Bericht des Eldernbeirats. Die Beteiligung an der Jugendweihung müßte viel stärker sein. Die Regelung der Sommerferienzeit ist schwierig. Die Jugendfrage wurde eingehend behandelt.

### Kreis Wanzleben.

Langenweddingen, 28. März. (Die Schulentlassungsfreie) am Sonntag im Lokal von Braune war recht gut besucht. Die Arbeiterjugend hatte mit Hilfe von Magdeburger Jugendfreunden ein schönes Programm zusammengestellt, das reichen Beifall fand.

### Kreis Kalbe.

Uendorf, 28. März. (Parteilosfrage.) Im „Volksgarten“ tagte eine Versammlung aller Vorstände der Arbeitervereine und -parteien, um in beiderseitigem Interesse eine gütliche Einigung mit dem Wirt bezüglich seiner Forderungen zu erzielen. Die Bemühungen waren leider erfolglos, da der Wirt jedes Verhandeln rundweg ablehnte. Die Arbeiter werden die Konsequenzen daraus ziehen. Eine anderweitige Unterkunft ist bereits sichergestellt. Es scheint, als ob bei diesem Verhalten des Wirtes rechtstehende Preise ihre Hand im Spiele gehabt haben, um die Arbeiterbewegung am Ort unmöglich zu machen, darum heißt es, auf der Hut zu sein.

Kalbe, 28. März. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Die bürgerlichen Stadtoberordneten sind trotz Einladung nicht erschienen. Genosse Reinhardt ist als Stadtrat von der Regierung beurlaubt und wird in sein Amt eingeführt. Der Friedhofswartmeister Schneider ist wegen Anstellung als Beamter vorzeitig geworden. Die Versammlung gibt dem nicht statt. Zu seinem Einkommen wird ihm aber noch ein monatlicher Zuschuß von 1000 Mark gezahlt. Für die auszuführenden Siedlungsarbeiten soll eine Beton-Steinpreisse, die etwa 40 000 bis 50 000 Mark kosten wird, beschafft werden. Eine Kommission soll die Angelegenheit prüfen. Die im vergangenen Jahr ausgemessene Summe für Ausbesserungsarbeiten auf dem Wartenberg reicht nicht aus, um diese Arbeiten zu beenden, es werden deshalb noch 7000 Mark nachbewilligt. Die Gebühren für Benutzung der Wege in der Querstraße erfahren eine Erhöhung. In den Werkslostenfürsorge-Ausschuß wurden gewählt Fabrikbesitzer Geise als Arbeitgeber und Richard Schmalenberg als Arbeitnehmer. Vom 1. April an sollen die Beisitzer der Miet-einigungsämter für jede Sitzung mit 20 Mark entschädigt werden. Die Kosten für Erbengutbestimmungen werden den Verhältnissen entsprechend erhöht; es sind jetzt 2400 Mark für einen Zweifeltellenplatz und 1500 Mark für einen Einfieltellenplatz zu zahlen. Ein Großhändler hat der Stadt einen Posten Kartoffeln angeboten. Trotz des hohen Preises wird das Angebot angenommen. Bei der Kartoffelabgabe soll ein Preisunterschied nach dem Einkommen der Bezahler gemacht werden, jedoch werden die Kartoffeln unter 150 Mark nicht zu haben sein, da die Stadt selbst 220 Mark für den Beamten zahlen muß. Um im Herbst nicht wieder mit einer Kartoffelknappheit rechnen zu müssen, wird dem Magistrat anheimgegeben, den Pächtern von städtischem Acker die Verpflichtung aufzuerlegen, vom Morgen 2 bis 3 Zentner Kartoffeln an die Stadt abzuliefern. Genosse Ritter wird von der Stadtoberordneten-Versammlung mit der Vertretung des erkrankten Bürgermeisters beauftragt. Der Schaffung einer selbstbetriebl. Magistratsstelle soll nähergetreten werden. Der Abbau der Mädchen-Mittelschule wird beschlossen, und zwar wird die Sexta zu Ostern abgebaut. Das Schulgeld für die Mädchen-Mittelschule und die Realschule wird auf 1000 Mark für Einheimische und auf 1250 Mark für Auswärtige festgesetzt. Eine Eingabe der Bauingenieurgesellschaft bei Vergebung von Bauten berücksichtigt zu werden, steht die Versammlung wohlwollend gegenüber. — Der Konsumverein hält eine Versammlung am Dienstag abend im Heingehörsaal ab.

Schönebeck, 28. März. (Generalversammlung des Parteiverbands.) Reichsstadtsabgeordneter Genosse Silberbach hielt einen interessanten Vortrag über das neue Reichsmietengesetz, dessen wichtigste Bestimmungen wir bereits veröffentlicht haben. In der Aussprache betonte Genosse Labert die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Mieter, damit eine geschlossene Organisation die Durchführung der Gesetzesbestimmungen gegenüber den Hauswirten überwinden kann. Die Gemeinwirtschaft auf diesem Gebiete, die die Mietervereine als ihr Endziel fordern, wird in Erfüllung gehen, wenn die Mieter nicht nachlassen im Kampfe. Genosse B. u. h. ging dann näher auf die innern Angelegenheiten des Vereins ein und sprach über die Maiseier, die in diesem Jahre durch Arbeitsruhe einheitlich vom Gewerkschaftskartell begangen wird. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Eldernbeiratswahlen sollen vorbereitet werden. Die Notwendigkeit der Reguluspreiserhöhung der „Volkstimme“ wurde dargelegt. Es wird erwartet, daß keine Abstellungen erfolgen, da sonst nur unsere Gegner gestärkt würden. Ueber die weltliche Schule und die Agitation dafür berichteten die Genossen Labert und Hartung. Dabei wurde von einigen andern Rednern auf das Verhalten einiger Leute aufmerksam gemacht, die in der Öffentlichkeit den Mund recht voll nehmen, sich selbst aber in die Riste für die weltliche Schule nicht eingekerkert haben. Mit anfeuernden Worten schloß Genosse B. u. h. die Versammlung.

### Unterbezirk Staffort-Aschersleben.

Aschersleben, 28. März. (Die Betriebskosten des Rathenhauses) sind weiter erheblich gestiegen, so daß ein Ausgleich durch erhöhte Verpflegungssätze geschaffen werden muß. Diese sollen wie folgt festgelegt werden: 1. Klasse für Einheimische 75 Mark, für Auswärtige 90 Mark, 2. Klasse 50 und 65 Mark, 3. Klasse 32 und 45 Mark. — Wustergarten. Die Biologische Reichsanstalt beabsichtigt einen Musterkiergarten einzurichten, und zwar im Garten der Reichsanstalt in der Größe von etwa 600 Quadratmetern. Sein Zweck soll sein, zu zeigen, wie dem Boden höhere Erträge abzugewinnen sind. Die Stadt will zu den Kosten des Gartens eine einmalige Beihilfe von 1500 Mark gewähren. — Ein Kartell für Volksbildung, Sport und Körperpflege ist gebildet worden. Es ist hervorgegangen aus dem Arbeiter-Sportkartell, das sich durch Hinzutritt der Freien Volkshilfe, eines Theatervereins, erweitert hat. Im vergangenen Jahr umfaßte das Kartell durchschnittlich über 600 Arbeiterportler. Die Reichs-Arbeiterportwoche soll vom 12. bis 18. Juni abgehalten werden. — Eintrittskarten zur Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gibt die Orchesterkasse zum halben Preise (150 Mark) aus. — Volkshochschule. Der letzte Vortrag des Genossen Kreis im Lehrgang der Volkshochschule über den Aufbau der öffentlichen Verwaltung findet am Mittwoch abend 7 Uhr im Zimmer 3 des Beamtenseminars statt.

(Fortsetzung des rebellischen Teils nächste Seite.)

**Stoffe** für Herren- und Damen-  
Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl.  
Verkauf metrisch. Verkauf metrisch.  
**Leckers Gelegenheitskäufe,**  
Theaterstraße 33.

Kleine Chronik.

Gefährdung der Leipziger Arbeiter. Die wegen des an dem...

Tragisches Ende einer Familie. Eine furchtbare Tragödie hat sich...

Die Löwenbräuer in München angebrannt. In der Woche der...

Das zwanzigste Kind. Zum Standesamtsregister in Nordwalde...

Fliegerdrama an der Küste von Florida. Ein idyllisches...

Inseln zu erlöblichen. Am Sonnabend wurde der Führer eines der...

Wettervorhersage.

Mittwoch den 29. März: Nordwind, wechselnde Bewölkung, Niederschläge...

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeile 2,00 Mark aufgenommen.

Wasserstände.

Table with columns for location (Elbe, Müritze, Havel, etc.), water level, and date.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Willst du Provinzen auf zu Promozion?

Gardinen-Zentrale

Rein Billigste Rein Laden! Bezugsquelle! Laden! Fürstenufer 3, 1 Treppe an der Strombrücke 4525

Direkt ab Werk Plauen Rüstler-Gardinen, Stores, Schleier-Gardinen

Deutscher Holzarbeiterverband Verwaltung Magd. burg. Donnerstag, 30. März, abends 7 Uhr...

Lacke Firnis Farben Fritz Goericke Magdeburg

Luise Heinecke geb. Spitzdanz im 46. Lebensjahr. Odenstedt, den 27. März 1922.

1. Vortrag des Kollegen Büschmann über die soziale Gesetzgebung.

Ferngläser Zeiß Goertz M. Laufer

Die Ausführung der Erd- und Mauerarbeiten bei Verlegung von unterirdischen Leitungen...

Geg. bequeme Teilzahlung S. Margulies

KOSMOS billigen und guten Lesestoff

Deutscher Metallarbeiter-Verband Nachruf. Am 26. März starb unser langjähriger Mitglied...

Wollen Sie viel Geld sparen? Kugeln, Hülsen, Patrone...

Tommark-Typen für den Fein-Druck

Geschlechtsleiden Unreines Blut Hof-Apotheke

Buchhandlg. Volksstimme Magdeburg

Nachruf. Am 25. März verstarb unser Mitglied Richard Dertel...

Wag Göttein, Königsstr. 5, 4. Etage

Tüchtiger Modell-Tischler Tüchtige Monteure

Borortbahn Magdeburg-Bettendorferhagen

Standesamts-Nachrichten

Voco Jagdbrand Vogel & Co. A-G

# Unzufrieden mit der Reparationskommission.

Die jüngste Note der Reparationskommission, in welcher sie von Deutschland sechzig Milliarden neuer Steuern forderte, hat mit der weitem Entwertung der Mark Auswirkungen gezeitigt, daß ernsthafte Politiker der Entente sehr herbe Urteile fällen.

Mrs. B. im englischen Unterhaus Chamberlain mitteilte, daß voraussichtlich die gesamte Frage des Wechselkurses in Genua erörtert werde, um festzustellen, welche internationale Aktion notwendig sei, um eine Stabilisierung zu erreichen, fragte Lord Bellingham, welchen Zweck es habe, daß Lloyd George nach Genua gehe, wenn die Reparationskommission in der Zwischenzeit an dem Wechselkurs Europas Sabotage verübe.

Vor der Tatsache, daß die Entente durch ihre Forderungen an Deutschland die Weltwirtschaft in Unordnung bringt, können auch die Franzosen die Augen nicht mehr verschließen. Allerdings geben sie Deutschland und nicht sich selbst die Schuld. Der nationalistiche Senator Berenger gab seiner Ungunzigkeit mit der Reparationskommission Ausdruck, die nicht scharf genug vorginge.

Das Land wolle nicht in Steuern untergehen, sondern wolle, daß Deutschland bezahle. Hinter dem Vorhang von Papiermark mit dem Deutschland sich zu umhüllen versuche, bemerke man doch seine Fabriken voller Tätigkeit, seinen blühenden Handel und seine wirtschaftliche und militärische Wiedererhebung. Über Deutschlands steuerliche Anstrengung sei dreimal geringer als die Frankreichs und Englands. Das könne nicht andauern.

Kein Mensch bestreitet, daß Frankreich schwerer unter den Kriegsfolgen zu leiden hat. Wenn es aber jene Summen, die für die Befreiung des Rheinlandes verschwendet werden, zum Wiederaufbau verwenden wollte, stünde es wahrlich besser um ganz Europa. Die Unmöglichkeit, alle Kriegsklassen von einem Volke tragen zu lassen, werden aber auch die Berenger noch einsehen müssen, und wenn sie nicht bald begreifen, wie schlecht ihre fortwährenden Drohungen mit den marschierenden französischen Bataillonen auf die Welt wirken, dann wird es den Franzosen bald so ergehen, wie dem deutschen Volke, als von seinen Spitzen jede Woche mindestens einmal von der „schimmernden Wehr“ und dem „trocknen Pulver“ geredet wurde.

# Stinnes kauft die russischen Bahnen?

Der russische Sowjetminister Nadel ist in der vergangenen Woche in Berlin wieder eingetroffen und hat sofort Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern aufgenommen. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist Nadel mit der Uebergabe der russischen Eisenbahnen an das Privatkapital einverstanden, und die Beteiligten suchen so schnell als möglich zu einem Abschluß zu kommen, bevor der andere Kommissar der Sowjetrepublik, Krassin, eintrifft, der persönlich ein Gegner des Projekts ist. Nadel will sein Ziel dadurch erreichen, daß er das monopolistisch gerichtete Außenhandelskommissariat mit dem mehr freihändlerisch orientierten Kommissariat für den Handel zu einem Handelsministerium zusammenlegen möchte, wodurch die Hemmnisse für seine Verbindungen beseitigt werden.

Ob Nadel seinen Willen durchsetzen wird, weiß man nicht. Vielleicht bedient er sich dazu der deutschen Kommunisten, wie er es mit dem Franzosen Gachin getan hat, als er Verbindung mit Poincaré suchte.

Die deutschen Eisenbahnen hat Stinnes nicht bekommen, trotzdem wir nach den deutschen Kommunisten in der „Stinnes-Republik“ leben, aber die russischen Eisenbahnen werden ihm von einem Apostel der Kommunisten angeboten. Wenn der Plan gelingen sollte, bedeutete das eine ganz ungeheuerliche Machtergreifung des Stinnes-Konzerns, welche die deutsche Arbeitererschaft sehr bald zu fühlen bekäme und die sie den Kommunisten zu danken hätte.

# Gegen die Moskauer Senter.

Zwei greise Führer der europäischen, nicht nur der deutschen Arbeitererschaft wenden sich gegen den von Moskau geplanten Mord an den Führern der russischen Sozialrevolutionäre. Karl Rautsch, der von sich selbst sagt, daß er publizistisch heimatlos geworden ist (ein schwerer Vorwurf gegen die Unabgängige Partei, der er angehört), läßt eine längere Erklärung verbreiten, in welcher er zum Schluß heißt:

Ich hoffe, daß es keine sozialistische Partei geben wird, möge sie der Zweiten Internationale angehören oder der Wiener Arbeitergemeinschaft, die in dieser Sache nicht ihre volle Schuldigkeit tut.

Sollten die kommunistischen Parteien bei dieser Protestaktion zur Seite stehen oder gar sie durchkreuzen wollen,

in seinem Hochglanz gezeigt. Mit 57 gegen 45 Stimmen wurde der Garantiefonds von 100 000 Mark für die Gerhards-Hauptmann-Festspiele abgelehnt. Ein Gegenstück zu der Münchner Geze gegen Bruno Walter: die Zentrumsleute (bis auf einen) und die Deutschnationalen sind aus rein politischen Gründen dagegen, nämlich wegen der „aufregenden und beunruhigenden Weber-Feststellungen“ in Berlin und wegen des enttäuschenden Nachhundert-Festspiels von 1913, das den Kurtschreibern noch schwer im Magen liegt, auch wegen „Verletzung religiöser Gefühle“ durch den „Horian Gezer“. Die Linke von den Demokraten bis zu den Kommunisten hatte für Bewilligung gestimmt, und von einem Kommunisten mußten sich die bürgerlichen Ordnungsgesetz- und Sittenshüter sagen lassen, die Festspiele seien eine Sache der ganzen gebildeten Welt, ihre Verhinderung daher auch eine Blamage vor der ganzen Welt.

**Todesfälle.** Der Sozialhygieniker Genosse Alfred Blaschko, der Begründer der Deutschen Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, ist 65 Jahre alt, in Berlin gestorben, in Leipzig der Begründer des noch nicht vollendeten „Allgemeinen Künstler-Vergens“, der Kunsthistoriker Ulrich Thieme, in Wiesbaden Joseph Schlar, ehemals Postheaterspellenmeister und Bearbeiter von Webers „Oberon“.

**Literatur.** Der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde des Frankfurter Goethe-Museums hat in einem Brief, in dem er Romain Holland den Dank für dessen Beitrag zu dieser Gesellschaft ausdrückt, auf eine Stelle in Goethes „Annalen“ hingewiesen: alle diejenigen, die sich dem Höheren und Höher Fruchtbaren gewidmet haben, sollten eine stille Kirche bilden und sich standhaft der breiten Tagesflut entgegenstellen. Darauf hat Romain Holland folgendes geantwortet:

Ich bin lebhaft bewegt von dem so gütigen Brief, mit dem Sie mich beehrt haben. Ich war noch jung als ich zum erstenmal die von Ihnen angeführten schönen Goethe'schen Worte las. Ich habe sie niemals vergessen. Sie entsprechen dem ernstesten Gedächtnis meines Geistes. Ich habe das Studentenblatt, auf dem ich sie aufgeschrieben hatte, bewahrt. Ich wünsche mir einen kleinen Platz in der „stillen Kirche“ für deren Verteidigung und Erweiterung ich stets gearbeitet habe.

Solche Worte müssen doppelt unterstrichen werden zur Wehr all der fortgesetzten Versuche von hiesigen und fremden die Kunst des Hofes zwischen Deutschland und Frankreich zu erweitern. Der Verfasser des „Midelangelo“ und des „Jean Christophe“ hat zur Erhaltung des Goethe-Museums 1000 Mark

damit wäre sie vor dem Proletariat der Welt zu brandmarken als feige Helfer der Moskauer Senter, als Knechte der Würde und jeder Gerechtigkeit, mit denen niemand Gemeinschaft pflegen kann, dem es Ernst ist mit der Befreiung des Proletariats.

Dr. „Vorwärts“ nimmt Edward Bernstein in gleicher Zeit das Wort und sagt:

Die Inhaftierung und Strafverfolgung von Anhängern einer politischen Partei durch eine aus Angehörigen einer rivalisierenden Partei zusammengesetzte Regierung auf das Zeugnis eines aus jener ersten Partei ausgeschlossenen Ueberläufers und notorischen Provokateurs ist unter allen Umständen eine gefäßliche Handlung, die bisher unter Sozialisten mit Recht als verwerflich verabscheut wurde. Eine Verurteilung zu schwerer Strafe aber gar Vollstreckung solcher auf ein derartiges Zeugnis hin würde nur als ein abscheuliches Verbrechen bezeichnet werden können.

Die deutschen Kommunisten wissen zu der Verteidigung ihrer schmählichen Haltung nichts Besseres zu tun, als die Spitzelberichte zu veröffentlichen, welche die „Grundlage“ für den Prozeß bilden. Die deutsche kommunistische Presse kann wahrscheinlich nicht anders, sonst wird ihr die russische Unterstützung entzogen.

# Die Forsten.

In der Montagssitzung des Preussischen Landtags stellte die Deutsche Volkspartei eine Anfrage wegen der an Polen abzutretenden Weichselbörzer. Die Regierung wird die Anfrage am Mittwoch beantworten. In allen drei Sitzungen wird ohne Debatte einstimmig ein Gesetz über die Aenderung des Gesetzes über die Bildung von Groß-Werlin angenommen. Hierauf wird die zweite Beratung des Satzes der Forstverwaltung fortgesetzt.

Abg. Stiefflerup (Komm.) begründet eine Reihe von Anträgen, die u. a. fordern, daß staatliche Forstgrundstücke an Private nicht veräußert werden. Weiter fordert der Redner, daß Kleinsiedlern und Wohnlaubenerbauern erlaubt wird, für eigenen Bedarf in den fiskalischen Forsten Holz zu schlagen. Um den Wucher mit Holz zu verhindern, ist die Ueberführung des gesamten Forstbesitzes in Gemeineigentum zu verlangen.

Abg. Klaußner (Unabh. Soz.) beantragt die Verstaatlichung des Waldes, um einer wirklich rationalen Forstwirtschaft die Wege zu ebnen. Notwendig sei die Errichtung von Betrieben, die die Weiterverarbeitung des in den Staatsforsten geschlagenen Holzes ermöglichen. Die Einnahmen von Holz müßten für das laufende Wirtschaftsjahr mindestens auf 1400 Millionen Mark festgesetzt werden. Die Etatsmittel für die Unterbringung der Waldarbeiter müßten bedeutend erhöht werden und in bezug auf die Behandlung der Forstarbeiter müsse endlich mit den Praktiken des alten Obrigkeitsstaats aufgeräumt werden.

Abg. Graf v. Solberg-Wernigerode (Dt. Sp.) verlangt im neuen Forstgesetz Wege zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Forstern und Oberforstern.

Abg. Jakob-Haffauf (Ztr.) führt Beschwerde über die Haltung der Forstverwaltung den rheinischen Landwirten gegenüber.

Abg. Weisermeil (Dt.-natl.) befürwortet die Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen.

Abg. Buchwiz (Soz.) wendet sich gegen die Spekulationen auf dem Holzmarkt.

Es ist lebhaft zu beklagen, daß die Regierung sich unserm Antrage gegenüber ablehnend verhält, der verlangt, daß bei Verpachtungen einer Gemeinde der Zuschlag zu geben ist vor privaten Bewerbern, wenn der gebotene Höchstpreis nicht wesentlich geringer ist, und die Gemeinde die volle Erfüllung des Pachtvertrags gewährleistet. Die allgemeine Notlage zwingt uns dazu, den Gemeindeforderungen voranzustellen und die Sozialisierung der Privatforsten kräftiger zu betonen. Den Armenverbänden sollte aus den Staatsforsten Holz zu Vorzugspreisen zur Verfügung gestellt werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff lehnt eine Bevorzugung der Gemeinden bei Verpachtungen ab.

Damit ist die allgemeine Besprechung geschlossen.

Es ist noch ein sozialdemokratischer Antrag eingelaufen, der von der Regierung die Prüfung der Frage verlangt, ob man nicht zum Zwecke der Verbilligung der Verwaltung selbständige Forstbediensteten einrichten kann.

Nach kurzer Einzelbesprechung wird der Forstetat bewilligt. Ueber die angebotenen Ägel und die vorliegenden Anträge wird am Donnerstag abgestimmt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Nach Erstattung des Ausschussberichts durch Abg. Dr. Winterfeldt (Dt.-natl.) vertagt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

gespendet. Vom Reichspräsidenten Ebert sind 10 000 Mark für denselben Zweck gestiftet worden.

**Kulturbildung.** In einer kleinen Anfrage im Landtag wurde im Anschluß an die Beschlagsnahme des „Wenuswagens“ behauptet, daß nach Abschaffung der Zensur unter Verantwortung des Staatsministeriums ein persönlicher Vernichtungskampf gegen Erzeugnisse der Kunst geführt werde, durch den nicht nur hohe ideale Werte zerstört, sondern auch der Initiative der betroffenen Künstler die schwerste Furchtschädigung zugefügt werden könnte. Diese Anfrage wird, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, vom Kultusministerium folgendermaßen beantwortet:

Von einem persönlichen Vernichtungskampf gegen Bildwerke, Romane, Theaterstücke und andere Produkte der Kunst, der unter Verantwortung des Staatsministeriums geführt werde, ist im Staatsministerium nichts bekannt. Das Staatsministerium ist sich der Bedeutung bewußt, die der Freiheit des Kunstschaffens für die künstlerische Initiative der Schaffenden und für die Förderung der Kunst zukommt. Es wird stets dahin wirken, daß die Freiheit der Kunst gewahrt bleibt. Andererseits darf die Staatsregierung die Fälle nicht übersehen, in denen aus geistlichen Rücksichten versucht wird, künstlerisch aufgemachten Schmutz als ehrlichen Dienst an der Kunst anzugeben. Daher kann Freiheit auch auf diesem Gebiete nicht gleichbedeutend mit völliger Schrankenlosigkeit sein.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Das sind genau dieselben Redensarten, mit denen man auch im wilhelminischen Zeitalter die Bevormundung künstlerischen Schaffens durch Brüderie und Kuckerei zu rechtfertigen pflegte.“ Aber selbst wenn die Worte lautenmal überzeugender wären: die Tatsachen sind es noch mehr. Und die einzige Tatsache, daß ein Brunner noch heute an einflussreicher Stelle mitraten und mittaten darf, wirkt härter als alle ministerielle Erklärungen und Versicherungen.“ — Um der dem amerikanischen Sittengesetz widersprechenden Wildheit der modernen Länge zu steuern, ist man in Amerika auf die Idee gekommen, das Tempo der modernen Länge nach dem Schrittmesser zu regeln. So ist im Staate Keunok jetzt eine Verordnung erlassen worden, die unter Androhung schwerer Strafen Tänzern und Tänzerinnen verbietet, beim „One Step“ mehr als 66 Schritte und beim Foxtrott mehr als 40 in der Minute zu tun. Gleichfalls unterlagt es den Paaren, sich während des Tanzens allzu fest zu umfassen, namentlich Wade an Wade zu tanzen. Auf weitere Einzelheiten läßt sich die Vorchrift nicht ein. Wie wäre mit einem Schrittzeit zwischen jedem Paare? —

# Notizen.

**Arbeitsplan des Landtags.** Der Aussenrat des Preussischen Landtags setzte am Montag den Arbeitsplan für die nächste Zeit fest. In dieser Woche soll der Landwirtschaftsausschuss in zweiter Lesung beraten werden. Ihm folgt der Geschäfts- und Domänenetat. Am Schluß dieser oder Anfang nächster Woche soll die Interpellation über die Vorgänge in der staatlichen Bildungsanstalt Pichterfelde beraten werden. Am 7. April geht der Landtag in die Osterferien, die sich bis zum 2. Mai ausdehnen werden. Eine Woche vorher werden die Ausschüsse ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

**Amerika fordert energischer.** Aus Washington wird gemeldet, daß die Vereinigten Staaten den verbündeten Regierungen eine neue Note überhandt haben, in der zum Ausdruck kommt, daß selbst wenn die Aufrechnung der Besetzungskosten Frankreichs ein Defizit ergibt, die amerikanische Forderung nach gleicher Behandlung in keiner Weise berührt werden darf. Man spürt hier die amerikanische Absicht, auf Frankreich einen Druck in der Abrüstungsfrage auszuüben.

**Konferenz der Neutralen.** Die Konferenz der ehemaligen neutralen Staaten, die für Anfang April nach Bern zum Zwecke gemeinsamer Stellungnahme über die Konferenz von Genua einberufen werden sollte, ist jetzt von der Schweizer Bundeskonferenz für den 5. April nach Bern eingeladen worden. Eine Berner Nachrichtenagentur erfährt, daß Holland nicht an der neutralen Konferenz teilnehmen wolle.

**Die Kaiserliche im Finanzministerium.** Betrifft man die Generalstaatskasse im preussischen Finanzministerium in Berlin, so muß einem der Gedanke kommen, daß man noch in der Zeit vor 1918 lebt. Eine in Glas gehaltene Schalterbezeichnung zeigt an, daß sich hier die „Kgl. Kronkassa“ befindet. Noch schöner ist, daß im Gange, der zwischen den einzelnen Schaltern der Generalstaatskasse entlangführt, eine vor ganz kurzer Zeit erst neu gereinigte Büste des unvermeidlichen Wilhelm des Dritten steht. Eine gleiche Büste soll sich auch noch in einem andern Räume des Finanzministeriums befinden. Hat das bisher noch niemand gesehen? Es ist Zeit, daß solcher Plunder endlich verschwindet.

**Verurteilungen Eberts von der Kammer.** Die Instanz-Burger Strafkammer verurteilte den Pfarrer Christofleit in Magdeburg wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und Zurückhandlung gegen den Kanzelparagraphen zu zwei Monaten Gefängnis.

**Steuerbeitragskassa.** Der Zentralverband der Maschinen- und Heizer beschoß, einen Stundenberdienst als Wochenbeitrag zu erheben. Der Verbandsbeitrag für die Hauptkasse beträgt ab 1. April von 2,50 Mark in der niedrigsten bis 18 Mark in der höchsten Klasse. Jede weitere Stundenberdiensthöhung von 1 Mark bringt automatisch eine Beitragserhöhung von 1 Mark pro Woche zugunsten der Hauptkasse. Zur Maifeier wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gemäß der Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes alle Mitglieder aufgefordert wurden, sich an den Maiferien im Rahmen der örtlichen Veranstaltungen zu beteiligen, soweit sie nicht zur regulären Sonntagsarbeit verpflichtet sind.

**Wiederwahl der Neuteren.** Bei den Wahlen zum Pariser Stadtrat wurden die Kandidaten der kommunistischen Partei, Badina und Marty, mit großer Mehrheit aufs neue gewählt. Beide hatten schon einmal den Sieg im Wahlkampf errungen, aber ihre Wahl war damals nicht bestätigt worden, weil sie wegen Neuterei verurteilt sind und im Gefängnis saßen. Jetzt ist die Wahl noch einmal vorgenommen worden, und hat, weil die Radikalen und Sozialisten keine eignen Kandidaten aufstellten, das gleiche Resultat gebracht wie die erste Wahl.

# Depeschen.

## Ein norwegisches Schlichtungsgesetz.

Oslo, 28. März. Der Landsting nahm den Gesetzentwurf über die Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten an. Die Vertreter der Bauernpartei stimmten zusammen mit der Linksozialisten und Kommunisten dafür.

## Vom Lohnabbau in England.

London, 28. März. Die Arbeitgeber in der Baumwollindustrie von Lancashire haben mitgeteilt, daß die für Ende April angekündigte Lohnherabsetzung etwa 30 Prozent betragen werde.

## Bergarbeiterstreik in Amerika.

Paris, 28. März. Nach einer Sabotageaktion aus New York widerlegen sich während des Bergarbeiterstreiks der Gewerkschaft die Entlarber der Einfuhr englischer Kohle. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, werden im Falle des Bergarbeiterstreiks in den Vereinigten Staaten die Bergarbeiter in Kanada ebenfalls die Arbeit niederlegen.

## Aus den Friedensbedingungen für die Türkei.

Paris, 28. März. Nach den von den drei alliierten Außenministern festgelegten Bedingungen zur Herbeiführung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland soll der Türkei das Recht zustehen, 45 000 Mann Gendarmen und ein reguläres Heer von 40 000 Mann zu unterhalten. Die Entscheidung der Verbündeten stellt als Grundbedingung auf, in keinem ehemals feindlichen Lande das System der Aushebung von Rekruten bestehen zu lassen. Wenn die türkische Regierung zur Bildung der Gendarmen die Unterstützung ausländischer Offiziere wünsche, so könnten diese zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb von 3 Monaten soll nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags eine Kommission gebildet werden, in der England, Frankreich, Italien, Japan und die Türkei vertreten sind, um das in neuerlicher Beziehung bestehende Kapitalisationsystem zu revidieren.

## Kreditbedingungen.

London, 28. März. Der „Times“ zufolge haben die Sachverständigen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans, die seit einer Woche im britischen Handelsamt die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen erörtern, die auf der Genuefer Konferenz zur Verhandlung kommen werden, ihre Arbeit so gut wie beendet. In ihrer gestern vormittag abgehaltenen Sitzung setzten die Sachverständigen die Erörterung der Kredit- und Währungsreform fort. In der Kreditfrage haben die Erörterungen, wie verlautet, zu einer Einigung geführt. Allgemein werde die Auffassung vertreten, daß die Länder, die Kredite brauchen, bereit sein müssen, Sicherheit anzubieten. Die Art der Sicherheit müsse sich jedoch nach den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen der fraglichen Länder richten. Die Konferenz befaßte sich außerdem mit der endgültigen Fertigstellung des Berichts, der die Vorschläge der Sachverständigen enthalten wird. Darin wird eingehend die finanzielle und wirtschaftliche Lage Zentral- und Osteuropas unter besonderer Berücksichtigung der russischen Frage behandelt.

## Die Presse zur Orientkonferenz.

London, 28. März. Das Pariser Uebereinkommen über den Orient findet in der Presse geteilte Auffassung. Die „Times“ sagt, Lord Curzon sei mit dem Ergebnis der Konferenz sehr zufrieden. — Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, das Uebereinkommen sei keineswegs ideal. Auf jeden Fall sei aber ein Uebereinkommen erzielt, das beste, was man erreichen konnte angesichts eines Militärs, der offen und ohne Scheu hartnäckig die Sache des gemeinsamen Feindes zu seiner eignen macht. Lord Curzon habe allen für die christlichen Minderheiten gegen die französische Interventionlichkeit kämpfen müssen. In der armenischen Frage habe er die Sache fast bis zum Bruch getrieben. Der französische Widerstand sei jedoch unerwarteterweise gewesen. Die britische Diplomatie könne ihnen, daß sie ihr Neuteriespiel nicht habe.

Schuhhaus  
**Koch**  
Gr. Marktstraße 12.

Viktoriastr. 2, am Bahnhof  
Am 1. April Beginn neuer Kurse  
in Buchführung, Stenographie,  
Maschinenschreib-, Schreibschreib-,  
u. m. Anmeldungen jederzeit.  
Ferd. Simons  
kaufm. Privatsch.  
Inh. Hermann Nies  
52. Schuljahr. 4458

**Brillanten**

alter Schliß, auch Splitter und Rohstoffe,  
kauft für eignen Bedarf 100  
F. Streubel, Juwelenfasserstr.  
Magdeburg, am Köhlerhof, im bunten Hause.  
Edelsteinhandlung, eigne Schloßerei, elektrischer Betrieb

Grammophon-  
Reparaturen  
Ersatzteile - Schell-  
platten - Resonan-  
zylinder - Pfeiffert. 6.

Damen- und Herren-**Stoffe**  
Schopenstraße 1a.



Schopenstraße 1a.

in garant. reiner  
Wolle, nadel-  
fertig. Gegen  
Anzahlung lege  
ich Einkauf bis  
zu 4 Wochen zu-  
rück. Verkaufs-  
zeit 9 bis 12 und  
2 bis 6 Uhr.

**Fred Pelz, Magdeburg**

Stadt-Orchester.

Mittwoch, 29. März, abds. 7 1/2 Uhr,  
National-Festsäle

1. Konzert der Brahms-Feier.

Leitung: Städtischer Kapellmeister Dr. Rabl.  
Solisten: Eva Bruhn (Sopran), Viktor  
v. Frankenberg (Berlin), Klavier.

Eintrittskarten bei Helmlshofen.

Schuhhaus

**Koch**  
Gr. Marktstraße 12.

Meißl, Kräft. Mittags-  
u. Abend. u. 4 Uhr  
Garten. Sogierhaus  
Rofe, Schwertfegerstr. 2.

**Erfolgreiche Geflügelzucht.**

Wer Mißerfolge vermeiden und den denkbar  
reichsten Ertrag an Eiern und Fleisch er-  
zielen will, beachte folgende Anleitungen:

Stuhbringende Hühner-  
zucht, mit 33 Abb. 4.00  
Augenzucht, mit 31  
Abbildungen . . . 4.00  
Fallensteller, Anleitung  
u. Selbstanfertigung, mit  
38 Abbildungen . . . 4.00  
Küchtl. Brut und Auf-  
zucht, mit 27 Abb. 2.00  
Ziergeflügel, mit 19 Ab-  
bildungen . . . 2.00  
Landwirtschaftl. Geflügel-  
zucht, mit 28 Abb. 4.00



Unsere Hühner, mit  
12 Abbildungen . . . 2.00  
Staffel. Brut und Auf-  
zucht der Küchtl., mit  
14 Abbildungen . . . 2.00  
Stuben-Küchtl. mit  
Selbstanfertigung, Brut-  
apparat, mit 28 Abbil-  
dungen . . . 4.00  
Geflügelkrankheiten, in  
31 Abbildungen . . . 6.00  
Zuchtführung des Ge-  
flügelzüchters . . . 2.00

Buchhdlg. Volksstimme, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3

**Sehen Sie sich**  
mit mir in Verbindung, ehe Sie Ihren Bedarf decken.  
Sie sind erkannt,  
wenn Sie die Preise hören,  
die ich Ihnen infolge günstigen Einkaufs noch  
vielen kann. Besichtigen Sie mein Lager in

Herren- und Knaben-Anzügen  
Raglans, Covercoats, Paletots  
Konfirmanden-Anzügen  
blau und farbig.

Einzelne Hosen  
einfach und elegant

**Stoffe**

Einzelne Westen  
dunkel u. für die Arbeit

Feldgraue Hosen, feldgrauer Stoff

**J. Sorger**  
Telephon 1004. Jakobstraße 3.

Wenn Deine  
**AUGEN**  
nicht recht sehen.

Mußt zu  
**BRILLEN-  
SCHMIDT**  
Du gehst!

**Ermüden Ihre Augen**  
bei der Arbeit, wird das Sehen nach einiger Zeit beschwerlich, so  
werden Ihnen ein Paar passende Augengläser von  
**Alb. Schmidt, Optisches Institut,**  
56 Breiteweg 56,  
das Sehen erleichtern. 4476

Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten ebt 4465  
**Haemacolade Spernterte**  
Faction halt 5.50 D.M. legt 3.00 D.M.  
**C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.**

**Konsum-Verein**  
für Magdeburg und Umgegend  
Breiteweg 56, 1 Treppe  
Neuhaldensleber Straße 7/B

**Gardinen**  
Halbstores  
Künstlergardinen

1 elektr. Kronleuchter und  
Grammophon m. Platten v.  
H. Hoch, Kachhofstraße 63a.  
Fahrtr. u. 2 Konf.-Stille u.  
Katzband, Knochenhauerstr. 42

**ZENTRAL-  
THEATER**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Dichterliebe**  
Sonntag 6 30 Vorstell.

**BUNTE BÜHNE**  
ZENTRAL-THEATER  
RESTAURANT  
Seite 3 Tage!  
Wende 8 Uhr  
Das brillante  
Märzprogramm

Billige  
**Tapeten!**  
Ein großer Vorrat  
Neue und zurückgekehrte Muster  
ausgepr. preiswert!

Linoleum-Teppiche  
Wachstuch 4654

**Gehr. Schröder**  
65 Breiteweg 65.

**Fort**  
mit  
Jede  
Kofekt-  
Krem  
622 Karzmal einreiben  
Kofekt-Glyster  
Brennweing 158

Wer zieht nach  
**Jakobstraße 4**

große Kisten  
W. Wilhelm Corneth & Co., Magdeh.-B.  
6129 Telephon 3310.

**Todscheck**  
färben und reinigen  
wir Ihre Gardinen in  
kürzester Frist und  
bestor Ausführung.  
Telephon 1105

**Aug. Leis Nachfolger**  
4507

**Fürstenhof-  
Prunksaal**  
Nur noch  
Mittwoch,  
Donnerstag,  
Freitag:  
Der amerikanische  
Blutkonist  
**De Biere**  
und der große  
Spezialitätenrest.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: 7 30  
Ermäßigte Preise!

! Kein Laden!  
Lebenslangen Sie sich, bevor Sie  
überhaupt kaufen, von meinen

**sehr billigen Breifen!**

Damen - Mäntel aus Das. Ewensart,  
aus Stoffen . . . 1275 950 675 145 350

Kopfhüte in eleganter Ausführung, Man-  
schener und farbige  
Zit. 1450 1150 800 550 445 250

Mäntel besonders schöne Garnituren in  
allen Farben Zit. 350 225 150 145

**Kleider, Strickjacken  
Zumper**  
in guter Ausführung zu billigen Preisen  
Große Auswahl in  
**Konfirmanden- und  
Herren-Anzügen**  
- beste Arbeit -  
aus guten Stoffen und guten Zuschnitt  
Zit. 1225 1150 1100 850 675

**Sieverlings**  
Etagen-Geschäft 455  
17 Jakobstraße Nr. 17

Ankünfte  
**Stouvenhaar**  
angez. Jahre n. 10-Grumm  
10-20 St. Geschäftsz.  
950 1. Treppen, Döllner-  
str. 12. Ein Schloßerstr.

**Zahle**  
für Schuhe bis 700 A.  
Geben u. Geben bis 70 A.  
Handtücher bis 18 A.  
Kleine Betten, ganze  
Wäsche, Span. Kleider,  
Kattunstr. 41. u. 57/58

**Gold-,  
Silber-,  
Platinbruch**  
kauft zu höchsten Preisen  
**A. Säger**  
Juwelier 455  
Silberstraße 17.

**Gold  
Silber  
Platin**  
Kaufe, Silber, Wachs,  
Zit. 1225 1150 1100 850 675

◆ Auf Kredit und gegen bar ◆  
empfehle preiswert neu eingetroffen:  
Elegante wollene Strickjacken für Damen u. Konfirman-  
den sowie Kinder-Jacken mit Hüben, Zumper, Röcke u.  
Blusenmacher, feine Selbstbinder, Kleiderstoffe, Um-  
schlagtächer, Gardinen, Tülldecken, Bettlaken, Bett-  
wäsche, Leibwäsche. 6170  
**E. Barfeld, Rotefreßstr. 30, v. 1 Tr.**

**UT UT UT**  
Der große Raubtier-  
Abenteuer-Film:  
**Der Herr  
der  
Bestien**  
Wenn die rote  
Leide blüht  
Serra Arnes Sohn.  
Szenenfolge:  
Freitag des Montag:  
**Lotte Wertmeister**  
und  
**Paul Wertmeister**  
2 Uhr. Kitzlicher bei Magde-  
burger Zentralkonzert in den  
Sampsonien der  
**Schlager-Filmoprette:**  
Die drohende Faust 52. Wenn die Liebe nicht v

Ganz enorm hohe Preise für  
**altes Eisen**  
erzielen Sie Schwerfegerstraße Nr. 13 bei  
Tel. 8476. **H. Limmer.** Tel. 8476.

Edelmetallverwertung  
**Emeg**  
G. m. b. H. Telephon 4354.  
Kleine Steinernatichstraße 5, parterre.  
Wir behaupten nicht  
daß wir die höchsten Preise zahlen aber  
das Publikum.  
Ständiger Ankauf auch kleinerer Mengen von  
**Gold- Silber- und Gegen-  
Platin- ständen.**  
**Quecksilber.**  
Anfragen, auch von auswärts, werden prompt  
erledigt. - Händler Extrapreise!

**Robst**  
Koburger  
Hofbräu-Saal  
Magdeburg,  
Berliner Straße 30/31  
Jedes Mittwoch und  
Sonntag  
**Der Tanz der Neuzeit!**

**Kleinkunstbühne Hohenzollern**  
**! Heute!**  
Ehrenabend für  
**Artur Flatow**

**Blauwrotte**  
Seite 3 Tage  
des großen  
Programms!  
Anfang 8 Uhr.

**Royal-  
Künstlerspiele**  
91 Breiteweg 94.  
Seite: 4551  
Ehren-Abend  
des belieb. Intimators  
**Ernst Frey.**

**Stephanshallen.**  
8 Uhr abends  
Der Widmung oder  
Erne bis zum Ende  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr  
Große Jugendvorstellung

**Städtische Theater**  
Mittwoch den 29. März  
Stadttheater  
6 Anrechtabend  
Don Carlos.  
Auf. 6. Ende gegen 11 Uhr.

**Wilhelm-Theater**  
Der Vielgeliebte.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Schuhhaus  
**Koch**  
Gr. Marktstraße 12.